

PFT-Schadstoffe

Streit um Giftstoffe auf Airbase Spangdahlem geht weiter – Warum der Bund Schadensersatz zurückfordert

21. November 2021 um 14:51 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Foto: TV/Christian Altmayer

Trier/Wittlich. Der Rechtsstreit zwischen der Verbandsgemeinde Wittlich-Land und der Bundesrepublik geht weiter. Die VG legt Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Trier ein. Warum der Bund fast eine halbe Million Euro zurückfordert und wie Patrick Schnieder (CDU) beim Bundesfinanzministerium interveniert hat.

Von Katharina De Mos

Chefreporterin

Ein Polterabend war der Grund dafür, dass die Verbandsgemeinde Wittlich-Land in einem Rechtsstreit vor dem Trierer Landgericht gegen die Bundesrepublik Deutschland verlor. Jetzt legt sie Berufung ein und muss unter Umständen sehr viel Geld zurückzahlen. Doch dazu später mehr.

Darum geht es im Streit zwischen der VG Wittlich-Land und der Bundesregierung

LESEN SIE AUCH



Justiz

Was ein teurer Polterabend! Warum die VG Wittlich-Land auf den Kosten für ihren Giftschlamm sitzen bleibt



Analyse

Die Airbase Spangdahlem: Fluch oder Segen für die Eifel?

MEINUNG

Der Staat fällt seinen Bürgern in den Rücken



Foto: TV/klaus kimmling

Es ist ein Trauerspiel. Nicht nur, dass seit Jahren viel zu wenig passiert, um das Schadstoffproblem rings um Spangdahlem und Bitburg zu lösen. Mehr als zehn Jahre weiß man davon und noch immer sickern die gefährlichen Substanzen ungehindert in Bäche, in Angelteiche, ins Grundwasser, in die Kanalisation ...

Noch viel unbegreiflicher ist, dass der Staat seinen eigenen Bürgern in den Rücken fällt. Dass er es bevorzugt, gegen eine seiner Gemeinden vor Gericht zu ziehen, statt den Nato-Partner zur Verantwortung zu ziehen. Mag ja sein, dass in Binsfeld jemand so blöd war, einen giftigen Schaumteppich für ein Brautpaar auszulegen. Das ändert aber nichts an der Sache. Die Sache ist kompliziert: Die Kommune gibt der US-Air Force die Schuld daran, dass sie daran, dass die Airbase eine riesige Schadstoffquelle ist. Das weiß auch die Bundesanstalt. Traurig, dass sie dennoch lieber die Air Force schützt als Bürger und Felder ausbringen kann, sondern teuer verbrennen lassen musste. Denn jahrzehntelang waren auf der Airbase Spangdahlem Löschschäume versprüht worden, die auch noch den bereits gezahlten Schadensersatz zurückfordert, ist die Krönung. gesundheitsschädliche perfluorierte Chemikalien enthalten, die als PFC, PFT oder auch PFAS abgekürzt werden.

k.demos@volksfreund.de

Also forderte sie Schadensersatz – und zwar von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die den US-amerikanischen Nato-Partner vor Gericht vertritt.

LESEN SIE AUCH



Justiz

Gift von der Airbase – Zwölf Umweltverbände appellieren: Tut endlich was!

Zwar zeigte ein Gutachten vor Gericht deutlich, dass ein Teil der Schadstoffe von der Airbase in die Kanalisation gelangt. Allerdings gab es auch noch andere Quellen. Unter anderem dort, wo Binsfelder Feuerwehrleute anlässlich eines Polterabends vor einigen Jahren einen dekorativen Schaumteppich ausgelegt hatten. Und genau wie der Feuerwehrschaum vom Flugplatz, enthielt dieser perfluorierte Chemikalien.

Warum Wittlich-Land im Airbase-Streit jetzt in Berufung geht

Wie viel der Schadstoffbrühe nun von der Airbase und wie viel aus dem Ort selbst kam, lässt sich laut Gutachten nicht feststellen. Und so lehnte das Gericht die Schadensersatzklage der Gemeinde ab.

Ihr Werkausschuss hat nun beschlossen, Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Trier einzulegen. Diese wurde bereits beim Oberlandesgericht in Koblenz eingereicht.

So viel Geld fordert die Bundesrepublik von Wittlich-Land zurück

Nicht nur, dass die Verbandsgemeinde nun erstmal selbst für die teure Entsorgung ihres Klärschlammes zahlen muss und dass die Abwassergebühren deswegen womöglich steigen werden. Nun fordert die Bundesanstalt auch noch den bisher geleisteten Schadensersatz in Höhe von 459 230 Euro zurück. „Wir gehen nach Prüfung der Rechtslage davon aus, dass die Verjährung eingetreten ist. Deshalb hat der Werkausschuss beschlossen, die Geltendmachung der Rückzahlung zurückzuweisen“, teilt die Verbandsgemeinde mit.

Was MdB Patrick Schnieder vom Finanzministerium verlangt

Nach dem Urteil hat sich der Eifeler Bundestagsabgeordnete Patrick Schnieder (CDU) an Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) gewandt.

Schnieder teilte Scholz mit, dass er die BImA gemäß Nato-Truppenstatut in der Pflicht sehe, Schäden zu beseitigen und zu regulieren. Und er bittet das übergeordnete Ministerium, einen verbindlichen Zeitplan für Sanierungsmaßnahmen und die vollständige Schadensregulierung durch die BImA zu gewährleisten.

Das sagt das Finanzministerium zum Airbase-Streit

Die Antwort von Scholz' Ministerium: Anträge auf Schadensersatz, von denen deutschlandweit zahlreiche bei der BImA eingingen, seien überwiegend abgelehnt worden, weil sie verfristet gewesen seien, weil die Löschschäume in einer Zeit verwendet worden seien, als dies noch zulässig war oder weil man „keinen Ursachenzusammenhang für den Eintritt des konkreten Schadens“ habe nachweisen können.

„Es ist mir bewusst, dass ablehnende Entscheidungen für Antragsteller nicht zufriedenstellend sind; ich bitte jedoch auch um Ihr Verständnis dafür, dass Anträge auf Schadenersatz nur dann positiv beschieden werden können, wenn die Ansprüche rechtlich begründet sind“, teilt Bettina Hagedorn, Parlamentarische Staatssekretärin, mit. Olaf Scholz habe sie gebeten, Schnieders Brief zu beantworten. Abschließend informiert das Ministerium den Eifeler Bundestagsabgeordneten noch, wie es mit den kontaminierten Gebieten in seiner Heimat weitergehen soll.

So soll es mit der Airbase Spangdahlem und der Airbase Bitburg weiter gehen

Für die Airbase Spangdahlem liege nun ein „umfangreicher Untersuchungsbericht“ vor, der Grundlage für das weitere Vorgehen sei. Bald werde die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD Nord) mit den US-Streitkräften die weiter erforderlichen Maßnahmen vereinbaren. „Auf der ehemaligen Airbase Bitburg wurden 2017 (und damit nach Abwicklung des völkerrechtlichen Überlassungsverhältnisses) Kontaminationen durch PFT festgestellt“, fährt Hagedorn fort. Eine Aussage, die irreführend, wenn nicht vollständig falsch ist.

Bereits 2014 berichtete der Trierische Volksfreund ausführlich über Untersuchungen der zuständigen Wasserbehörde SGD Nord, die gezeigt hatten, dass die Bäche, die die ehemalige Start- und Landebahn entwässern, mit den krebserregenden Tensiden verunreinigt sind – und zwar noch viel stärker als bei Spangdahlem. Die Konzentration lag tausendfach über dem EU-Richtwert. Ebenfalls bereits 2014 zeigte sich, dass der Untergrund des ehemaligen Feuerlöschübungsplatzes der Ex-Airbase Bitburg mit PFT belastet ist.

Für Bitburg habe man bereits ein Sanierungskonzept erarbeitet, schreibt Hagedorn. Auf Grundlage dieses Konzeptes werde derzeit ein Sanierungsplan für belastete Böden erstellt, um Einträge in Gewässer zu verhindern.

Wann es mit der Sanierung wirklich losgeht, sei „von Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren“ abhängig, auf deren Dauer die BImA nur begrenzt Einfluss habe. „Einen verbindlichen Zeitplan kann die BImA daher leider nicht mitteilen, unternimmt jedoch alles, um die Verfahren zu beschleunigen“, versichert das Ministerium. Ob Schnieder und die Eifel damit zufrieden sind?

Im Fall von Spangdahlem ist bereits seit mehr als zehn Jahren bekannt, dass es diese große Umweltproblem gibt. Doch von einer Lösung ist man noch immer weit entfernt.